

Jugendarbeit und Bildung

Positionierung der Mitgliedsverbände des Frankfurter Jugendrings zur aktuellen Bildungsdebatte und zur Kooperation Jugendarbeit und Schule

Vorwort

Der Frankfurter Jugendring und seine Mitgliedsverbände nehmen zu der aktuellen Diskussion über Bildung, Schulreformen und den Ausbau der Ganztagschule in Deutschland Stellung. Dabei übernehmen sie in weiten Teilen die Position der hessischen Jugendverbände - zusammengeschlossen im Hessischen Jugendring, die im Herbst 2008 das Grundsatzpapier „Mehr Raum für Bildung“¹ beschlossen haben.

Diese Positionen werden vor allem in Hinblick auf die spezifische Situation und das Arbeitsfeld in Frankfurt am Main präzisiert und erweitert. Die frankfurtspezifischen Positionen sind überwiegend in den Abschnitten „Mehr außerschulische Bildung“ und „Mehr Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Bildungsträgern“ festgehalten.

Dieses Positionspapier wurde auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 8.10.2009 einstimmig beschlossen.

Einleitung

Mit dem Erscheinen von Studien wie PISA und TIMSS ist Bildungspolitik quasi über Nacht zum Megathema aufgestiegen. Aufgeschreckt durch das vernichtende Urteil, das die beiden Studien über die Leistungen deutscher Schüler im globalen Vergleich gefällt haben, wird seitdem auf allen gesellschaftlichen Ebenen über Bildung, Lernen und die Schule diskutiert.

Obwohl viele aktuelle Studien und Veröffentlichungen die Bedeutung der nonformalen Bildung besonders hervorheben, zentriert sich die aktuelle Diskussion um die Bildung in einem hohen Maß auf das Thema Schule. Natürlich ist und bleibt Schule der zentrale Ort des institutionellen Lernens, an dem Bildung angeregt werden kann. Hier können alle Kinder und Jugendlichen systematisch mit den grundlegenden Kenntnissen und Erkenntnissen konfrontiert werden und das methodische Handwerkszeug zur Erschließung der Welt erwerben. Aber Bildung, verstanden als die Entstehung von Bewusstsein, als umfassende Entwicklung der Persönlichkeit (Subjektivität) und als aktiver Prozess des Subjekts in der Auseinandersetzung mit sich und der Welt, braucht die Motivation, die Bereitschaft und die Anstrengung des Individuums, um aus den bloß vorhandenen Erkenntnissen eigene Erkenntnisse mit Wirkung auf die eigene Identität zu machen. Bildung zielt auf die geistige Erschließung von Welt ab. Sie entfacht Neugier und Wissensdurst und ist Motivation für das Lernen und das Wachsen an dem Gelernten. Dies kann an allen Orten, mit verschiedensten Anlässen und auf vielfältige Weise geschehen. Wichtiger als der professionelle Rahmen sind dabei die eigene Betroffenheit, das eigene Wollen, das eigene Handeln und

¹ „Mehr Raum für Bildung – Bildungspolitische Positionierung der Jugendverbände in Hessen“ Hg.: Hessischer Jugendring, 2008

die Möglichkeit von Veränderung. Bildungspolitik sollte in diesem Sinne alle Facetten von Bildung reflektieren.

Bildung ist formale Bildung² und formales Lernen im Rahmen des staatlichen Bildungssystems von der Grundschule bis zur Universität, einschließlich der beruflichen Bildung und Weiterbildung, das in Bezug auf Lernziele, Lehrpläne, Lernzeit oder Lernförderung strukturiert ist und zur Zertifizierung führt.

Bildung ist informelle Bildung, die sich auf einen lebenslangen Lernprozess bezieht, in dem Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen durch alltägliche Einflüsse und Quellen im eigenen Umfeld (Freizeit, Familie, Peer Group, soziales Umfeld, Verbands- bzw. Vereinsarbeit, freiwilliges Engagement, Medien, Spiel...) ungeplant und unorganisiert erworben, reflektiert und übernommen werden.

Und Bildung ist non-formale oder auch außerschulische (außerhalb des formalen Curriculums geplante) Bildung, wie sie in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in den Jugendverbänden stattfindet. Non-formale Bildung ist ein zielgerichteter, organisierter Prozess mit Bildungszielen wie persönliche und soziale Bildung, sie vermittelt Lebensfertigkeiten, die Vorbereitung der Lernenden auf ihre Rolle als aktive Bürger und Bürgerinnen oder die Verbesserung bestimmter Fähigkeiten und Kompetenzen. Non-formale Bildung wird gekennzeichnet durch Freiwilligkeit, Partizipation, Ganzheitlichkeit und Prozessorientierung. Sie ist für jeden Menschen zugänglich, beruht auf Erfahrung und Handeln, setzt bei den Bedürfnissen der Lernenden an und beinhaltet sowohl individuelles Lernen als auch Lernen in Gruppen.

Der Frankfurter Jugendring fordert mehr Raum für Bildung in allen Bereichen der Gesellschaft und möchte mit diesem Positionspapier einen konkreten Beitrag zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Frankfurt am Main leisten.

Mehr Bildungsgerechtigkeit

Der Frankfurter Jugendring fordert mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Bildung der Schlüssel für die soziale Stellung ist. Nicht zuletzt die Ergebnisse der PISA-Studie haben deutlich gemacht, dass in keinem anderen europäischen Land die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen so maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen wie in Deutschland. Die Chancen zur Teilhabe an einem wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens, nämlich an den in der Gesellschaft veranstalteten Bildungsprozessen, sind quasi durch Geburt verteilt.

Unter Bildungsgerechtigkeit verstehen wir die gleichen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in allen Bildungsbereichen, unabhängig von Herkunft, Elternhaus, sozialer Stellung und finanziellen Möglichkeiten. Kindheit und Jugend sind die zentralen Lebensabschnitte der Entwicklung. Dabei hat jedes Mädchen und jeder Junge das Recht darauf, ihren/seinen eigenen Weg, in seinem ureigenen Tempo, der eigenen Persönlichkeit entsprechend, bei optimaler individueller Förderung zu gehen.

Zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit gehören auch zumutbare Wege für Schülerinnen und Schüler zu den Bildungseinrichtungen, die am Sozialraum orientiert sind und

² Formale Bildung meint die Entwicklung „formaler“, also nicht inhaltlich bestimmter Fähigkeiten und Kräfte, das Lernen von Methoden und Fähigkeiten. Sie grenzt sich ab von der materiellen Bildung, die das pure Ansammeln von Wissen („enzyklopädische Vielwisserei“) bezeichnet.

ein differenziertes und ansprechendes Angebot vorhalten. Dass dies nicht nur ein Problem des ländlichen Raums, sondern auch der Großstadt Frankfurt ist, zeigen die massiven Proteste von Eltern gegen die Nichtberücksichtigung von Wünschen bei der Wahl der Schulform in der Jahrgangsstufe 5 im Sommer 2009. Fehlende Plätze, vor allem an Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien generell und im Besonderen in einigen Teilen Frankfurts, führten dazu, dass Eltern andere Schulformen als eigentlich gewünscht akzeptieren mussten bzw. FünftklässlerInnen jetzt täglich quer durch die ganze Stadt pendeln müssen.

Die Integration von Einwanderern und vor allem ihrer Kinder und Jugendlichen, ist mit Blick auf die Bildungsgerechtigkeit eine vordringliche Herausforderung. Migration ist längst kein Rand- und Nischenthema mehr. Im Mai 2006 wurden die Ergebnisse der Sonderauswertung (Stichprobe der Schüler aus Einwandererfamilien) der durch die OECD durchgeführten PISA-Studie vorgelegt. Deutschland hat hier bei der Integration von Einwanderern in das Bildungssystem unter 17 Ländern den letzten Platz belegt. Die Integration von Einwanderern ist von besonderer Bedeutung und muss zum Querschnittsthema aller jugend- und bildungspolitischen Überlegungen werden. Gerade in einer Kommune wie Frankfurt am Main, in der der Bevölkerungsanteil junger Menschen mit Migrationshintergrund weit über 40% liegt, ist dies ein Muss! Der demographische Wandel mit anhaltend niedrigen Geburtenzahlen und alternder Bevölkerung macht deutlich, dass gerade die Einwanderer und die nachwachsende Generation der Menschen mit Migrationshintergrund für die ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung der BRD ein Hoffnungsträger ist. Unterstützungsmaßnahmen und Bildungsangebote im Kindergarten- und Schulalter müssen auch jenseits des Unterrichts auf- und ausgebaut werden, etwa durch gezielten Sprachunterricht schon im Kindergarten oder eine die soziale Integration fördernde Jugendarbeit.

Aufgabe des Bildungssystems ist es, für gleiche Ausgangsbedingungen zu sorgen. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass der Zugang zu Bildung kostenfrei ist.

Kindergarten und Vorschule

Die Bedeutung der frühen Kindheit für die Bildungsbiographie eines Menschen ist unbestritten. Ziel muss es sein, Kinder früher, nachhaltiger, individueller und intensiver zu fördern und somit optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Wir fordern im Einzelnen:

- der Übergang von der Krabbelstube zum Kindergarten muss kompetent begleitet werden, da er ein Teil des Bildungspaketes ist
- der Übergang von Kindergarten zu Schule muss weiter verbessert werden
- es bedarf der weiteren Aufwertung des Berufsbildes des/der ErzieherIn, Ausbildung und Vergütung müssen den veränderten Herausforderungen und der Verantwortung des Berufes angepasst werden
- der Betreuungsschlüssel muss deutlich herauf gesetzt werden
- ein integratives Bildungskonzept von Anfang an
- die Abschaffung von Kindergartengebühren
- eine frühzeitige Sprachförderung
- für jedes Kind sollte die Möglichkeit einer fachkompetenten Betreuung auch vor dem 3. Lebensjahr gegeben sein
- die elementare Früherziehung für alle Kinder ab dem 4. Lebensjahr
- die individuelle Förderung von sozialen, kommunikativen, kulturellen, ethisch-religiösen, politisch-kritischen, ästhetischen und motorischen Kompetenzen im Sinne einer ganzheitlichen Bildung

- intensive Kommunikation mit den Eltern, Austausch über Erziehungs- und Bildungskonzepte, pädagogische Beratungs- und Fortbildungsangebote
- weiteren Ausbau der guten finanziellen, räumlichen, sachlichen und personellen Ausstattung der Einrichtungen in Frankfurt

Schule

Unser Schulsystem unterstützt mit seiner frühen Auslese zusätzlich strukturelle Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Nicht jedes Kind hat die gleiche Chance auf eine ihm angemessene Schullaufbahn.

Wir fordern im Einzelnen:

- verpflichtende ganztägige Angebote an allen Schulen bis max. 16 Uhr (Hausaufgaben, Lernförderung, Lernen für Klausuren, non-formale Bildungsangebote, Pausen, Mittagessen usw. sind darin integriert, zur weiteren Ausgestaltung siehe Abschnitt „Mehr Ganztagschule...“.)
- den Freitagnachmittag zur freien Verfügung
- gemeinsames Lernen im Lernverband bis zum 7. Schuljahr
- eine Schule für alle bis zum 10. Schuljahr bei individueller und gezielter Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler
- Anpassung von Ausbildung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer an die neuen Herausforderungen
- die umfassende gleichberechtigte Beteiligung außerschulischer Bildungspartner bei der konzeptionellen Gestaltung des Ganztags
- Aufhebung der 45-Minuten-Taktung des Unterrichts, neue Rhythmisierung der Angebote
- die Aufhebung von Querversetzung und Nichtversetzung
- multiprofessionelle und multikulturelle Teams in Schulen
- Klassen in arbeitsfähiger Größe (max. 15 Schüler pro Lehrkraft)
- Förderung der Integration von Migranten (z.B. über Deutschunterricht für Zuwanderer)
- intensive Kommunikation mit den Eltern, Austausch über Erziehungs- und Bildungskonzepte, pädagogische Beratungs- und Fortbildungsangebote
- konsequente Umsetzung der Lehrmittelfreiheit

Berufliche Ausbildung

Junge Menschen brauchen, mit Blick auf Ausbildung und Berufsleben, Beratung und Orientierung zur Stärkung der Wahrnehmung und Formulierung eigener Wünsche für Berufsausbildung und Lebensentwurf. Die berufliche Ausbildung im Anschluss an die schulische Bildung ist ein wichtiger Schritt zur Identitätsentwicklung und grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, die niemandem verwehrt werden dürfen. Um dies zu gewährleisten und jungen Menschen endlich sichere Perspektiven zu schaffen, ist eine optimale Unterstützung gemäß ihrer Bedürfnisse ebenso nötig, wie die verpflichtende gesetzliche Regelung.

Jugendliche mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen brauchen differenzierte Förderung. Deshalb sind wir für ein erweitertes und breites Betreuungs- und Ausbildungsangebot mit persönlichem Fördercharakter. Ein modernes Berufsbildungssystem muss die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsabschnitten und Bildungsstrukturen sicher-

stellen. Hiermit wird die Attraktivität der Berufsbildung als eine der Grundlagen unseres Bildungssystems weiter gestärkt.

Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens muss sich als Grundstruktur bereits in der beruflichen Erstausbildung wiederfinden. Jugend-Auszubildendenvertretungen sind ein wichtiges Bindeglied von Bildungsprozessen und demokratischer Interessenvermittlung. Ihre Sicherung und Weiterentwicklung muss daher gewährleistet sein.

Für die berufliche Ausbildung fordern wir:

- ein Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz
- den eindeutigen Vorrang für das duale Ausbildungssystem vor schulischen bzw. außerbetrieblichen Maßnahmen
- die Ausbildungsplatz-Umlage in Hessen umzusetzen
- weitere und längere Begleitung und Beratung von Jugendlichen vor und in der (Aus)Bildungsphase

Studium

Die Ausgestaltung der akademischen Bildung darf sich nicht ausschließlich an der Qualifizierung für das Berufsleben orientieren. Auch Hochschulen und Universitäten sollen Bildungsprozesse ermöglichen, die über fachspezifisches Wissen hinausreichen. Hierbei müssen ausreichende Möglichkeiten zum selbstbestimmten und selbstorganisierten Lernen geschaffen werden. Außerdem muss die demokratisch verfasste studentische Mitbestimmung gestärkt werden, um individuelle Bildungsprozesse und demokratische Interessensvertretung zu ermöglichen. Der ökonomische Anpassungsdruck aufgrund der Unterfinanzierung der Hochschulen muss dringend reduziert werden, damit die Freiheit von Forschung und Lehre erhalten bleibt und eine Selektion durch Zulassungsbeschränkungen und Studiengebühren verhindert werden. Die Einführung betriebswirtschaftlich orientierter und zentralisierter Hochschulstrukturen sowie die Diskussion über Eliteeinrichtungen in der Hochschul-landschaft markieren den Abschied von einer sozialen und demokratischen Hochschul-landschaft. Wir streben hingegen eine weitestgehende Öffnung der Hochschulen, ihre öffentliche Rechtsform und ihre öffentliche finanzielle Sicherung an.

Für den Bereich des Studiums fordern wir:

- das gebührenfreie Studium – Studiengebühren halten junge Leute von Hochschulen fern
- eine umgehende Kursumkehr in der neuen Studienstruktur – im Studium sind umfangreiche Wahlfreiheiten sowie eine drastische Reduzierung des Prüfungsumfangs zu realisieren, um mehr Freiräume für selbstbestimmtes Lernen zu ermöglichen
- die uneingeschränkte Durchlässigkeit beim Übergang von Bachelor zum Masterstudium – weder Quote noch Note dürfen den Zugang zum Masterstudium einschränken
- notwendige Mittel für fehlende Studienplätze und zur Verbesserung der Qualität der Lehre (u.a. des Betreuungsverhältnisses)
- die 25%-Hürde bei den Wahlen zum Studierendenparlament und den sog. Ordnungsparagrafen abzuschaffen
- Eine Stärkung der verfassten Studierendenschaft und ihres Vertretungsmandats zum allgemeinpolitischen Mandat

Mehr Ganztagschule in Frankfurt am Main

Die Vielzahl von Betreuungsangeboten wie z. B. „Angebotsvielfalt am Nachmittag“, „Betreuung an Grundschulen“, „NaSchu“, „Mittagessen in der Schule“ etc. an Schulen in Frankfurt am Main, die unter der Überschrift „Ganztagschule“ aufgezählt werden³, zeugen von einem in der Bildungsdiskussion synonym verwendeten Ausdruck, der die Diskussion verkürzt. Dass SchülerInnen dank dieser zusätzlichen Betreuungsangebote jetzt schon mehr Zeit in der Schule verbringen, kann aber nicht mit den vielgelobten Ganztagschulen unserer europäischen Nachbarn gleichgesetzt werden. Auch die Einrichtung von Schulsozialarbeit an den Frankfurter Schulen wandelt diese nicht in Ganztagschulen um.

Die Mitgliedsverbände des Frankfurter Jugendrings fordern eine qualifizierte Ganztagschule, die konzeptionell und in ihrer Ausstattung an die Herausforderungen die sich Kindern und Jugendlichen stellen, angepasst sind. Ansonsten sehen wir die Gefahr, dass Ganztagschule aufgrund mangelnder pädagogischer Konzepte und mangelnder finanzieller und personeller Ausstattung zu einer Betreuungsanstalt ohne Bildungsansprüche verkommt.

Die Mitgliedsverbände sehen in der Ganztagschule die Chance:

- Chancengleichheit durch intensivierete Bildungsmaßnahmen und eine verbesserte Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu erreichen
- Schule auch als weiteren Lebensraum für Kinder und Jugendliche, der formale und non-formale Bildungsangebote umfasst
- neue pädagogische Ansätze zu etablieren
- Kompetenzerwerb über die reine Wissensvermittlung hinaus zu ermöglichen
- Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Partnern als konzeptionellen Bestandteil von Ganztagsbildung auszubauen
- eine umfassende Betreuung und Versorgung für alle Kinder und Jugendlichen sicherzustellen

Um das erreichen zu können, muss sich das pädagogische Konzept der Schule jedoch elementar verändern. Das Konzept der qualitativen Ganztagschule muss Aussagen enthalten:

- zur veränderten Unterrichtsgestaltung
- zur Gestaltung von individueller Förderung und Forderung
- zum selbstständigem Arbeiten
- zur Kompensation der in der Ganztagschule wegfallenden Hausaufgaben und des Lernens zu Hause
- zu einer veränderten Rhythmisierung des Lernens
- zur Erziehung zu einer gesunden Lebensweise
- zu Beziehungen zu außerschulischen Partnern und der Nutzung außerschulischer Lernorte bei den Jugendverbänden und der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- zu Konsequenzen der veränderten Unterrichtsorganisation
- zur Rollengestaltung und der Zusammenarbeit aller an Schule Beteiligten (Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Schulleitung, Eltern, technisches Personal, ...)

Mehr Partizipation

Der Frankfurter Jugendring fordert die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an allen sie und ihre Lebenswelt betreffenden Entscheidungen. Bildung ist hierbei ein zentraler Bereich. Der Frankfurter Jugendring fordert in allen Bereichen der Bildung den höchst möglichen

³ [www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=4096&_ffmpar\[_id_inhalt\]=20637](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=4096&_ffmpar[_id_inhalt]=20637), August 2009

chen Grad an Mitwirkung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung für Kinder und Jugendliche ein.

Individuelle Bildungsprozesse und Engagement hängen sehr eng zusammen. Der Wunsch nach Veränderung ist Motivation für individuelle Bildungsprozesse, Veränderbarkeit ist die Bedingung. Das Verändern von gesellschaftlichen Prozessen bedeutet, zu partizipieren und etwas verändern zu können, fordert junge Menschen heraus. Persönliche Herausforderungen sind die Katalysatoren, die Bildungsprozesse in Gang kommen lassen. Für die Frankfurter Jugendverbände ist daher Partizipation die zentrale Voraussetzung für individuelle Bildungsprozesse. Ist im Kontext des pädagogischen Handelns nur der lernstoffbezogene Bildungsaspekt vorherrschend, so wird Bildung auf abrufbares Wissen reduziert, das in keiner Beziehung zu den lernenden Subjekten und ihren Lebensbedingungen steht. Bildung braucht den ganzen Menschen, mit all seiner Aufmerksamkeit und all seinen Sinnen. Bildung muss demgemäß den Lernenden in sein Zentrum nehmen, ihm Raum geben und Teilhabe herausfordern. Entscheidend sind hierbei die Bindung der Lerninhalte an die individuelle Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen und die Möglichkeit, an allen Entscheidungen und Prozessen zu partizipieren.

Mehr Partizipation bedeutet für uns:

- das ständige Fördern und Befähigen von Kindern und Jugendlichen zur Partizipation
- demokratisch verfasste Kindergärten, Schulen und Hochschulen
- eine Aufwertung und Intensivierung der politischen Bildung. Dies muss sich zentral dem Ziel verpflichten, die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen und die Teilnahme an Wahlen zu fördern
- die Einbindung von jungen Menschen in die kommunalen und regionalen demokratischen Strukturen und Entscheidungsprozesse und die entsprechende kind- und jugendgerechte Ausgestaltung dieser Strukturen
- die Stärkung der Jugendhilfeausschüsse
- die Schaffung klarer Leitlinien zur Sicherstellung der Beteiligung von jungen Menschen entsprechend der Hessischen Gemeinde- und Hessischen Landkreisordnung
- die Entwicklung von Formen einer flexiblen Beteiligung (Form und Zeit)

Mehr außerschulische Bildung

Der außerschulischen Bildung kommt mit Blick auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine Vorbildrolle zu. Wie gelungene Beteiligung aussieht und welche Bildungsmomente mit ihr verbunden sind, demonstrieren die Jugendverbände sowie die offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen in ihrer täglichen Arbeit. Sie erschaffen Situationen, in denen Kinder und Jugendliche selbst entscheiden, Verantwortung übernehmen und daran wachsen. Sei es die wöchentliche Gruppenstunde, das Seminar am Wochenende, das Kinderfest, die kulturelle Veranstaltung, die politische Aktion, das Sportangebot, oder das Sommerzeltlager. Kinder und Jugendliche organisieren, konzipieren, entscheiden und handeln, sie haben Erfolg und Misserfolg und sie lernen und wachsen daran. Grundlage dafür ist der Wille und die Möglichkeit, ihre Umwelt entsprechend den eigenen Bedürfnissen zu gestalten.

Außerschulische Jugendbildung hat als gesellschaftliches Engagement immer eine politische Dimension. Bildung entsteht da, wo gesellschaftliche Widerspruchspotenziale erkannt, analysiert und angegangen werden. Jugendverbände und offene Einrichtungen bieten den Raum, sich in einer Gruppe von Jugendlichen, die ähnliche Wertvorstellungen und

Ziele haben, in reale Aushandlungsprozesse mit gesellschaftlicher Bedeutung zu begeben. Hierbei werden sie unterstützt durch authentische Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter oder MitarbeiterInnen der Einrichtung. Hier können individuelle Probleme in ihrer gesellschaftlichen Dimension wahrgenommen und - auch auf der politischen Ebene - bearbeitet werden.

Die außerschulische Jugendbildung und die Arbeit der Jugendverbände verstehen sich auch als ein non-formales Bildungsangebot. Die Bildungsarbeit der Jugendverbände ist freiwillig, ganzheitlich und prozessorientiert, partizipativ und auf die Lernenden hin zentriert. Sie beruht auf eigenen Erfahrungen und eigenem Handeln und setzt bei den Bedürfnissen und Interessen der Lernenden an.

Ihre zentrale Aufgabe sehen die Jugendverbände darin, außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen. Die Wahrnehmung dieser zentralen Aufgabe darf auch durch die Einführung der Ganztagschule nicht in Frage gestellt werden. Der Frankfurter Jugendring fordert, die außerschulische Bildung als festen Bestandteil der Bildungslandschaft zu sichern und auszubauen.

Konkret fordern wir:

- den Ausbau aller außerschulischer Bildungs- und Lernorte
- Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht durch Projekte an Schulen zu ersetzen
- die seit langem dringend erforderliche der Grundabsicherung der Frankfurter Jugendverbände und somit auch der außerschulischen Jugendbildung als gleichwertiges Bildungsangebot neben der Schule für Kinder und Jugendliche
- Einbindung der Frankfurter Jugendverbände in die bildungspolitischen Entscheidungsprozesse als gleichberechtigte Partner zur Entwicklung von lokalen Bildungslandschaften

Kindern und Jugendlichen muss es auch weiterhin möglich sein, einen Teil ihrer Zeit eigenverantwortlich und außerhalb von Schule zu verbringen, zu gestalten und außerschulische Bildungsangebote zu nutzen. Ebenso muss ausreichend Zeit für ehrenamtliches Engagement junger Menschen verbleiben. Deswegen müssen Schule und alle damit verbundenen Aufgaben (Hausaufgaben, Lernförderung...) um 16 Uhr enden, so dass im Anschluss an den Schultag noch frei verfügbare Zeit für andere Aktivitäten verbleibt. Das Leben von Kindern und Jugendlichen darf nicht komplett verschult werden und ein freier Nachmittag sollte für die Kinder und Jugendlichen zur freien Verfügung bleiben; hier ist der Freitagnachmittag ein Traditionstag in der ehrenamtlichen Jugendverbandsarbeit.

Mehr Raum für Bildung bedeutet für den Frankfurter Jugendring ein Bildungssystem in dem formale, non-formale und informelle Bildung als gleichberechtigte Partner in einem lebenslangen Bildungsprozess einander wechselseitig ergänzen und verstärken.

Mehr Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Bildungsträgern

Eine qualitative Ganztagschule kann nur gelingen, wenn alle in einem Sozialraum engagierten Bildungsträger, Institutionen und Personen ein geeignetes und gleichberechtigtes System der Ganztagsbildung entwickeln, in dem sich formale, non-formale und außerschulische Bildungsansätze ergänzen. Zum Gelingen einer solchen lokalen Bildungslandschaft haben strukturierte, kommunikative Prozesse eine zentrale Bedeutung.

Wir fordern deshalb⁴:

- institutionalisierte lokale Gremien, in denen alle am Prozess Bildung und Betreuung beteiligten Akteure des Sozialraums eine gemeinsame und verbindliche Zielsetzung erarbeiten sowie in einer bindenden Planung ihre Angebote miteinander verschränken
- die systematische Vernetzung von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung
- Zusammenführung der o. g. Planungen zu einem Gesamtkonzept Bildung, Erziehung und Betreuung in Frankfurt am Main
- eine verknüpfte Sozial- und Bildungsberichterstattung mit Hinweisen für konkrete kurz- und mittelfristige Handlungsbedarfe
- dass die kommunale Verantwortung für Bildung ausgebaut und gestärkt wird
- frei verfügbare Mittel für die Schulen, um Kooperationsprojekte mit außerschulischen Partnern zu finanzieren
- kommunale BildungspolitikernInnen als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss zu berufen

Der überwiegende Teil der Frankfurter Jugendverbände arbeitet, im Gegensatz zu den Landesjugendverbänden, ohne hauptamtliche MitarbeiterInnen. Um diese ehrenamtliche Struktur mit ihren attraktiven, partizipativen und ganzheitlichen Bildungs- und Freizeitangeboten in die Kooperationen mit Schulen einzubeziehen, bedarf es im Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit mit Schule sowohl einer Intensivierung der Vernetzungsstruktur der Jugendverbandsarbeit, als auch mit der ehrenamtlichen Verbandsarbeit vertraute AnsprechpartnerInnen in den zuständigen Ämtern und einer individuellen Förderung solcher Projekte.

Hierfür fordert der Frankfurter Jugendring konkret:

- die Förderung der Frankfurter Jugendverbände endlich so anzupassen, dass zumindest die vorhandenen Strukturen und Angebote aufrechterhalten werden können
- Mittel über die Einrichtung von neuen Sozialarbeitsprojekten hinaus für Kooperationsprojekte der Jugendverbände und um Kooperationsprojekte z. B. mit Honorarkräften durchführen zu können
- die Erarbeitung klarer Kosten- und Zuschusskriterien für Kooperationsprojekte der Jugendverbände mit Schulen durch den FA Kinder- und Jugendförderung
- finanzielle Mittel zur Beratung und Qualifizierung der ehrenamtlichen ProjektmitarbeiterInnen und der Honorarkräfte
- die Einrichtung einer Koordinierungs- und Kontaktstelle, angebunden an den Frankfurter Jugendring, zur Konzeption von Angeboten, zur Koordinierung und dem Ausbau der Vernetzungsstruktur der Verbände
- mit der ehrenamtlichen Verbandsarbeit vertraute AnsprechpartnerInnen an den Schulen bzw. im Staatlichen und im Stadtschulamt
- Kooperationsprojekte mit den Jugendverbänden und offenen Einrichtungen auch an außerschulischen Lernorten
- mehr gemeinsame Projekte im Rahmen von Projekttagen und –wochen

Kooperationsprojekte **an** der Schule bis (max.) 16 Uhr finden in der Regel während der Arbeits- oder Studienzeiten u. ä. von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Frankfurter Jugendverbände statt. Aus diesem Grund kann es hier auf ehrenamtlicher Ebene keine Ko-

⁴ vergl. hierzu auch: „Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften“ 13. Juni 2007

operation geben. Sinnvoll und wünschenswert sind aber Kooperationen an Schule bis (max.) 16 Uhr, die sich der Inhalte und Methoden der Jugendverbandsarbeit bedienen und diese vermitteln. Hierzu muss den Jugendverbände die Möglichkeit gegeben werden, Honorarkräfte oder bezahlte ProjektarbeiterInnen einzustellen, für die zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Aber Bildung endet nicht um 16.00 Uhr!

Wie die Fachdiskussionen um informelle und non-formale Bildung sowie die oben ausgeführten Methoden in der Jugendverbandsarbeit deutlich machen, haben auch die Freizeitangebote der Verbände viele Bildungseffekte. Die Jugendverbände und die offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihren partizipativen, non-formalen und informellen Bildungs- und Freizeitangeboten bewirken eine ausgezeichnete Ergänzung zur formalen Bildung der Institution Schule, die auch in lokalen Bildungslandschaften berücksichtigt werden müssen. „Ganztagsschulen können diese und weitere Bildungspotenziale nutzen, indem sie zusätzlichen Raum zum Erwerb von Basiskompetenz und Kulturtechnik schaffen, etwa durch eine Öffnung zu anderen Lernorten.“⁵

⁵ „Bildung in Deutschland“, Hg.: Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006, S. 199